Weststeirisches



Ausgabe 4, Dezember 2023 – Österreichische Post AG. RM 23A044157 E. 8020 Graz

ZEITUNG DER KPO WESTSTEIERMARK Ausgabe Bez. Voitsberg der Steirischen Volksstimme, Dez. 2023

Wohnen darf nicht arm machen! *Seite* 6 - 8

Der Sommer ist verglommen, Der Herbst hat ausgeweint, Nun ist der Winter kommen, Der bitterböse Feind. Die Erde liegt im Leichenhemd Und war einst jung und bunt. Was suchst Du noch, Du bist hier fremd, Mein Bruder Vagabund.

Wie springt dir an die Waden Der scharfe Winterwind, Du bist nicht eingeladen, Wo sie besoffen sind. Dich ruft kein Wirt zum heißen Punsch Um Sankt Silversters Stund': Ein Rabe krächzt den Neujahrswunsch, Mein Bruder Vagabund.

Und wär der Himmel droben Von Samt und von Brokat Und Sternlein eingewoben, Ein jedes ein Dukat, Wär keiner, der die Leiter stellt, Dass man sie holen kunnt, So ist die Zeit, so ist die Welt, Mein Bruder Vagabund.

Jura Soyfer



HELFEN STATT REDEN!

Die KPÖ Steiermark bietet kostenlose Beratung für Mieterinnen und Mieter an. Wir helfen, überprüfen Mietverträge und Betriebskostenabrechnungen und beraten bei Schikanen, Kündigungen und Räumungsklagen. Wir haben uns in den Bezirken umgehört, wo der Schuh gerade besonders drückt.

ZEIT FÜR EINEN KURSWECHSEL!

Im steirischen Gesundheits- und Pflegewesen brennt der Hut. Es braucht nicht nur neue Köpfe, sondern einen grundsätzlichen Kurswechsel, meint KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler.

Seite 5







Krampusaktion der KPÖ Weststeiermark





Keinen Groschen für den Krieg! Weihnachtsfrieden für Europa!



KPÖ gegen Erhöhung der Politiker-Gehälter

Die steirischen Politikergehälter mit 1. Jänner 2024 um 4,85 Prozent steigen. Landeshauptmann Christopher Drexler (ÖVP) stünde demnach schon bald eine Gehaltserhöhung von 909 Euro auf stattliche 19.667 Euro brutto monatlich ins Haus. Sein Stellvertreter Anton Lang (SPÖ) kommt auf 18.632 Euro (plus 861 Euro) im Monat. Die sechs Landesräte verbessern sich auf je 17.597, ein Anstieg um 814 Euro.

Die 1. Landtagspräsidentin erhält 13.974 Euro (plus 646 Euro), für den 2. und 3. Präsidenten sind es je 8798 Euro brutto. Die Klubobleute verdienen künftig je 12.939 Euro (plus 598). Die Landtagsabgeordneten steigen mit 6728 Euro um 311 Euro besser aus.

Die steirische KPÖ kritisiert die exorbitant hohen Politikerbezüge seit vielen Jahren: "Abgehobene Politikergehälter führen zu abgehobener Politik. Die anhaltende Teuerung trifft die vielen Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen ungleich härter als Spitzenpolitiker:innen, deren Bezüge in keinem nachvollziehbaren Verhältnis zu normalen Arbeitseinkommen stehen. Kein Wunder, dass ihre Politik so oft an der

Lebensrealität der Bevölkerung vorbeigeht. Wir von der KPÖ fordern seit langem: Runter mit den Politikergehältern!", so KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.

Die KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler hat im Dezember-Landtag eine Initiative einbracht und vorgeschlagen, die steirischen Spitzenbezüge um 30 Prozent zu senken. Weil dieses Ansinnen aber bisher keine Mehrheit gefunden hat, geht die KPÖ im eigenen Einflussbereich längst einen anderen Weg: Kommunistische Mandatar:innen behalten sich maximal 2.500 Euro von ihren politischen Bezügen, der große Rest kommt Menschen in Notlagen zugute.





KLEIN, aber MIT BISS

Bei Lohnverhandlungen fordern die # Reichen immer "Zurückhaltung". Beim Ausschütten von Gewinnen und Dividenden ist von Zurückhaltung dann keine Rede mehr.



Von Sabine Wagner, Gemeinderätin der KPÖ in Voitsberg

Anders als die anderen

"Anders als die Anderen" – das ist für die KPÖ nicht nur ein Wahl-Slogan, sondern Anleitung für unsere tägliche Arbeit. Dazu gehört ein Blick von unten auf alle politischen Fragen. Dazu gehören unsere Sprechstunden, in denen wir uns die Lösung von Problemen bemühen. Dazu gehört, dass die Mandatarinnen und Mandatare der KPÖ große Teile ihrer Politbezüge dafür verwenden, um Menschen in Notlagen zu unterstützen. Und dazu gehört auch, dass bei uns Menschen politisch aktiv sind, die in der Arbeitswelt verankert sind und für soziale Verbesserungen eintreten.

Ich glaube, dass das einige Gründe sind, warum die KPÖ zuletzt bei Wahlen immer mehr Zuspruch bekommen hat. Vielleicht ist das nicht die schlechteste Sache, Menschen in Parlamente, Landtage oder Gemeinderäte zu wählen, die die alltäglichen Probleme nicht nur in abstrakter Form kennen?

Ich glaube jedenfalls, dass es den Versuch wert ist, dass sich die arbeitenden Menschen zusammenschließen, um ein Gegengewicht zur Macht der Banken und Konzerne aufzubauen. Darum bemühen wir uns als KPÖ tagtäglich und freuen uns über alle, die diesen Weg mit uns gehen wollen. Vielleicht sehen Sie das ja ähnlich?

KPÖ Gemeinderätin Sabine Wagner,

Hildegard-Burger-Haus der KPÖ, C. v. Hötzendorfstraße 29a (Nähe LKH), Voitsberg Tel: 03142/22 421 oder 0677 / 640 22 513 Jeden Dienstag von 14 bis 17 Uhr Sabine Wagner: sabine.wagner.kpoe@kpoe-steiermark.at









Das steirische Gesundheits- und Pflegesystem in der Krise:

Mit Anlauf in den Abgrund?

Die flächendeckende Gesundheitsversorgung in der Steiermark verschlechtert sich zunehmend. Dennoch will die Landesregierung an ihren Zusperr-Plänen festhalten.

Personalmangel, gesperrte Betten, geschlossene Abteilungen, verschobene Operationen, fehlende Kassenärzte: Kaum ein Tag vergeht ohne neue Hiobsbotschaft aus dem steirischen Gesundheits- und Pflegewesen. Viele Menschen fragen sich zurecht: Wie lange wollen ÖVP und SPÖ noch zuschauen, während sich die Versorgungsqualität immer weiter verschlechtert? Und hat die Landesregierung die Lage überhaupt noch im Griff?

An kaum einem Beispiel lässt sich die fehlgeleitete Gesundheitspolitik so gut festmachen wie am "Leitspital Liezen". Dieses Prestigeprojekt hat im September einmal mehr den Landtag beschäftigt. Der Grund: Der ursprünglich angenommene Kostenrahmen von 261 Millionen Euro ist nicht zu halten, eine

Nachbedeckung von rund 70 Millionen Euro ist nötig. "Wovor die Opposition und engagierte Bürger:innen vor Ort seit Jahren gewarnt haben, tritt nun ein: Das Leitspital wird bereits lange vor einem potenziellen Baustart zu einem budgetären Fass ohne Boden. Nicht nur, dass es gesundheitspolitischer Unsinn ist, drei Spitalsstandorte zu schließen - allein aus finanziellen Gründen gehört jetzt die Notbremse gezogen!", fordert der KPÖ-Landtagsabgeordnete Werner Murgg.

Gegen den Willen der Bevölkerung

Die Haltung der Bevölkerung im Bezirk Liezen zum Leitspital ist eindeutig: Zwei Drittel haben 2019 bei der Volksbefragung für den Erhalt der Spitäler in Bad Aussee, Rottenmann und Schladming gestimmt. Die Landesregierung hat sich jedoch über dieses Votum hinwegsetzt. Das Leitspital soll gegen jede Vernunft um jeden Preis durchgedrückt werden. Für die KPÖ hingegen steht fest: Die hunderten Millionen, die ein Neubau auf der grünen Wiese verschlingen würde, wären in den bestehenden Spitälern, bei der Personalausstattung und der ärztlichen Versorgung in Wohnortnähe unendlich besser investiert.

Krankenhaus Knittelfeld: Droht die Schließung?

Auch andernorts macht sich die Bevölkerung zurecht Sorgen um ihre Spitäler. Die Schließung von Stationen ist oft Vorbote dafür, dass ein Spital als solches in Gefahr ist. So auch in Knittelfeld: Dort wurde kürzlich die hämato-onkologische Ambulanz geschlossen. In einer Informationsveranstaltung Mitte September sollte die Bevölkerung beruhigt werden, doch die Zusagen blieben vage und das Maßnahmenpaket dünn. "Es spricht Bände, dass die Zuständigen den Beschäftigten ,Motivationsvorträge' verordnen und glauben, dass das auch nur ein Problem löst. Das Personal in unserem LKH tut unter sehr erschwerten Bedingungen ihr Möglichstes, sie haben sicher kein Motivationsproblem. Sie brauchen schlicht und einfach bessere Arbeitsbedingungen!", so Josef Meszlenyi, KPÖ-Stadtrat in Knittelfeld.

Alarm im LKH Hochsteiermark

Auch in anderen Teilen der Steiermark ist die Lage nach 13 Jahren ÖVP-Zuständigkeit für das steirische Gesundheitswesen dramatisch. Kürzlich wurde öffentlich, dass ein 70-jähriger Pensionist und eine 100-jährige Patientin mit Platzwunde an mehreren Standorten des LKHs Hochsteiermark nicht notversorgt werden konnten. Die KPÖ hat schon vor der Schließung der Chirurgie in Bruck gewarnt, dass die Versorgung in der Region mit dieser Ausdünnung leiden wird.

KPÖ fordert Kehrtwende in der Gesundheitspolitik

Der fortschreitende Abbau von Angeboten in den Regionen hat uns in eine veritable Versorgungskrise gestürzt. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt Weithaler fordert die Landesregierung zu einem grundlegenden Kurswechsel auf: "Mit dem Zusperren, Ausdünnen und Einsparen muss endlich Schluss sein. Wohnortnahe Gesundheitsversorgung abbauen, ohne gute Alternativen zu schaffen, das ist ein gefährlicher Irrweg!"